



Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 3, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLINSON, POSTMASTER-GENERAL

36. Jahrgang.

Omaha, Nebr., Donnerstag, den 18. März 1920

8 Seiten—No. 4

Vizekanzler Schiffer übernimmt Regierung

Diktator Dr. Kapp tritt zurück, erklärend, dass das Bauer-Ministerium die an dasselbe gestellten Hauptforderungen erfüllt habe

Radikale in Berlin bilden ein eigenes Kabinett

Berlin, 18. März. (Von Carl D. Groat, Korrespondent der United Press.) Die Kapp Diktatur ist gestern Abend zusammengebrochen. Nach der Resignation des Kanzlers Kapp und des Kriegsministers Lüttich hat Eugen Schiffer, Vizekanzler unter Präsident Ebert, um 6 Uhr abends die Regierung übernommen. Gleichzeitig wurde die schwarz-rot-goldene Fahne auf dem Regierungsgebäude gehisst als ein Zeichen, dass die Gegenrevolution ihr Ende erreicht hat.

Das Zentralkomitee der Eisenbahnarbeiter hat beschlossen, den allgemeinen Streik als beendet zu erklären.

Die wieder zu Macht gelangte Ebert Regierung hat die Verhaftung von Kapp, Lüttich, Fagom, Trotha, Dr. Bremerich, Oberst Bayer und Hauptmann Gerhardt angeordnet.

Kapp's Volknamung.

Kapp's Abschiedsproklamation hat nachstehenden Wortlaut: „Nachdem das Bauer-Kabinett versprochen hat, unsere wesentlichen Forderungen zu erfüllen, deren anfängliche Ablehnung den Anlaß zur Errichtung der Kapp Diktatur gab, betrachtet Kapp seine Aufgabe als erfüllt.“

Er resigniert, indem er alle Macht dem Militärgouverneur überträgt, um der Etablierung einer Sowjet-Regierung vorzubeugen.“

Nachrichten früher am Tage besagen, daß Kapp die Forderungen der Radikalen rundweg abgelehnt habe; Kapp aber fürchtete das Anwachsen des Einflusses der Radikalen, und dieser Umstand veranlaßte ihn, die Regierung an den Vizekanzler Schiffer zu übertragen. Hier eingetroffene Nachrichten besagen, daß die Radikalen in Wilhelmshagen die Kontrolle an sich gerissen haben.

Ein Regierungsbeamter drückte sich zur Situation aus: „Wir werden uns bald in derselben Lage wie Rußland befinden.“ Bald darnach erklärt der Führer der Radikalen Ernst Däumig eine Erklärung, in welcher er das Proletariat aufforderte, zusammenzutreten, bis die Proletariatsdiktatur durch seine Wahl herbeigeführt werden könne.

Sehr viele und andere hervorragende Anhänger der Ebert Regierung haben sich gestern nachmittag nach Stuttgart begeben.

Militärische Verstärkungen sind in Berlin eingetroffen, um die Ordnung aufrecht zu halten.

In Charlottenburg umzingelten Truppen die streikenden Arbeiter der elektrischen Werke und zwangen sie, zur Arbeit umzukehren. Berlin wird von Charlottenburg aus zum Teil mit Elektrizität versehen.

Die Militärs haben ihre Vertreter in Berlin instruiert, sich nach Stuttgart zu begeben, um den Verhandlungen des Reichstags beizuwohnen.

Sindenburg vermittelt.

Berlin, 18. März.—Feldmarschall Hindenburg hatte Dr. Wolfgang Kapp eine Depesche geschickt, in welcher er in Kapp dringt, seine Truppen zurückzuziehen und die Verfassung wieder geltend zu lassen. Gleichzeitig wandte Hindenburg sich schriftlich an Friedrich Ebert, den rechtmäßigen nationalen Präsidenten, teilte ihm mit, was er Kapp angeboten hatte und bat Ebert, nationale Wahlen abhalten zu lassen.

Reichstag tagt heute.

Stuttgart, 18. März.—Der Reichstag, welcher gestern um 4 Uhr nachmittags in Stuttgart tagen sollte, wird heute eröffnet werden, weil viele Abgeordnete nicht rechtzeitig eintrafen.

Radikale lehnen sich auf.

London, 18. März.—Eine über Kopenhagen aus Berlin hier eingetroffene Depesche besagt, daß die Abgeordneten Cohn und Däumig, Führer der vereinten radikalen Parteien, erklärt haben, daß das Proletariat die Arbeiter im Interesse Eberts nicht reorganisieren werden. Das Proletariat wünscht selbst, zur Macht zu gelangen, heißt es in der

Depesche. Weiteren Meldungen zufolge haben die Führer der Unabhängigen Sozialisten und Kommunisten eine Beratung gehabt und beschlossen, ein eigenes Ministerium zu bilden. Däumig ist zum Kanzler desselben ernannt worden; Kurt Bayer ist Minister des Inneren; Neumann oder Levy Minister des Äußeren, Cohn Justizminister. (Wie heißt — fehlt nur noch, daß sie Maximilian Harden zum Präsidenten erwählen, und wir haben eine nette „Mischpoke“ beisammen.)

Ebert kehrt nach Berlin zurück.

London, 18. März.—Heutige Depeschen aus Berlin bestätigen den vollständigen Zusammenbruch der Revolution. Kapp und Lüttich haben resigniert. Der Frankfurter Zeitung zufolge hat Gustav Bauer, Kanzler unter dem Ebert Regime, den General von Duesen zum Militärgouverneur von Berlin ernannt.

Eine Depesche an den Erzbischof Telegaph besagt, daß die Ebert Regierung wahrscheinlich heute nach Berlin zurückkehren wird. Eine frühere Nachricht meldet, daß die Radikalen in Berlin eine Sowjetregierung eingeleitet haben. In Eisenstein sollen die Spartakisten die Herrschaft an sich gerissen und eine Republik ausgerufen haben. In Gera, Thüringen, wurden Kapp Truppen von Ebert Truppen geschlagen.

Über die Kämpfe in Hagen, Westphalen, wird gemeldet, daß die Truppen von den Arbeitern nach einem heftigen Gefecht umzingelt und entwaffnet wurden. Dreißig Soldaten sind gefallen und 70 wurden verwundet. Die Arbeiter hatten in diesem Kampfe nur geringe Verluste.

In Essen fand ein zwischen Radikalen und Truppen zu einem Zusammenstoß; 40 Kommunisten wurden getötet.

Berichten gemäß haben die Radikalen General Lüttich zur Resignation gezwungen; die Kommunisten sind entschlossen, Ebert und Klose an der Rückkehr nach Berlin zu verhindern. Sie haben deren Resignation verlangt.

Die Radikalen mehren sich, daß sich die Radikalen in Vapern, Sachsen und im Ruhrgebiet, Chemnitz, Frankfurt und in Kiel erheben, und daß es dort zu schweren Krawallen gekommen ist.

Einhaltsbefehl gegen Streiker erwirkt

Chicago, 18. März.—Unionistische Bestrebungen der Fuhrleute und Chauffeure in acht großen Departement Stores wurden durch Erwirkung eines Einhaltsbefehls seitens der Arbeitgeber vorläufig fast gestoppt. Der neugebildeten Union wurde der gerichtliche Verbot, sich in das Geschäft der Handelshäuser zu mischen. Angestellten wird verboten, Wachen aufzustellen, andere Leute durch Einschüchterungen zu verhindern die Plätze von Streikern einzunehmen oder Mitglieder für die Union zu werden. Sechshundert Clerks in Retail Stores haben mit einem Streik gedroht; sie verlangen einen Minimallohn von \$40 und einen Aufschlag von 25 Prozent über den gegenwärtigen Lohn.

Alliierte besetzen Konstantinopel

London, 18. März.—Konstantinopel ist gestern morgen von den Truppen der Alliierten besetzt worden, die unter dem Befehl des britischen Generals Milne stehen. Bei der Besetzung kam es nur zu einem unbedeutenden Zusammenstoß vor dem türkischen Kriegsamt, wo zwei britische Soldaten getötet und vier verwundet wurden. Mit dem hereinbrechenden Abend herrschte völlige Ruhe in der Stadt. Die Handlung vollzog sich unter dem Schutz der britischen Schiffsgeschütze ohne Widerstand. Die Besetzung ist zum Schutz der nicht-türkischen Bevölkerung unternommen worden.



Bischof Shepard von Wichita, Kans., und Bischof Durt von Buffalo, N. Y., die jedoch von Mitteleuropa zurückgekehrt sind, wo sie die von allen Episkopalkirchen im ganzen Lande gesammelten Gelder zum Westen der Kollektanden verteilt haben.



Fran Garrie Chapman Catt, die erfolgreiche Führerin der amerikanischen Frauenrechtlerinnen, hat ihre Absicht kundgegeben, daß sie eine Kandidatin für den Senats-Sitz ist, der jetzt von Senator Wadsworth eingenommen wird. Sie hat kürzlich gegen die Senatoren Wadsworth, Voreh und Hitchcock losgezogen, die sie als Feinde an dem Tag des Fortschritts bezeichnet.

Kommission der Liga läßt Rußland kalt

Moskau, 18. März.—Der bevorstehende Reich einer Kommission der Völkerliga in Sowjet-Rußland erregt hier wenig Aufsehen und wird wenig besprochen. Die Führer der Sowjets haben wenig Vertrauen und Jüchlichkeit in den Völkerbund, Kammerer, der Präsident der Moskauer Sowjet, drückt sich folgendermaßen aus: „Die Liga hat tabuisiert und ihre ursprüngliche Bedeutung verloren. Sie vertritt keine Prinzipien, die sich auf die neue Ordnung der Gesellschaft anwenden lassen und wurde im Interesse des alten Imperialismus gegründet.“ Mit Bezug auf die bevorstehende Zukunft der Kommission sagt Kamenoff: „Wir legen der Sache keine besondere Bedeutung bei. Wir werden der Kommission ermöglichen, alles zu sehen. Wir verlangen jedoch dasselbe Recht, Kommissionen in andere Länder zu entsenden.“

Zur Abstimmung in Mittel-Schleswig

Hlensburg, 18. März.—Keine Gewalttaten störten die Abstimmung. Die internationale Kommission der Alliierten hatte übrigens an allen strategisch wichtigen Punkten Maschinengewehre aufstellen lassen, und bewaffnete Abteilungen patrouillierten beständig die Straßen ab.

Entfalten der roten Fahne gestattet

San Francisco, 18. März.—Das Obergericht des Staates California hat die Teile der Ordnung der Stadt Los Angeles, worin das Entfalten von roten Flaggen und andere radikale Aktionen verboten wurden, für verfassungswidrig erklärt. Im Zusammenhang damit erließ die Supreme Court die Order, die die Befugnisse des verurteilten Anna Cartman und Dave Weisman in Freiheit zu setzen.

Bergigung durch mangelnde Sterilisation.

Washington, 18. März.—Chemiker, die im Verein mit dem Gesundheitsamt die Umstände untersucht haben, die vor einigen Monaten den Tod von 25 Personen durch vergiftete Oliven herbeiführten, erklären in ihrem Bericht, daß die Erzeugnisse des fötalen Bazillus auf die Verteilung der Verpackung zurückzuführen sei, welche die Glasbehälter für die Oliven nicht genügend erhitzen, zum die Bazillen zu töten.

Die Kontroverse zwischen Beach und McKelvie

Lincoln, 18. März.—Die Kontroverse zwischen Gouverneur S. R. McKelvie und Staatsfeuermarschall C. Beach bildet das Tagesgespräch. Als das Obergericht das Codegesetz außer Kraft setzte, bis das Volk darüber abgestimmt hat, wodurch die frühere Staatsregierungsform wieder in Kraft trat, und die Beamtengehälter erniedrigt wurden, ging Beach hin und gab dem Staats-Schatzmeister \$50 zurück. Gouverneur McKelvie geriet darüber in Aufregung und verlangte Beach's Resignation, die am 20. März in Kraft treten sollte. McKelvie beschuldigt Beach in der Aufforderung, daß er ein „billiger Politiker“ sei und nur Zeitungsreklame gesucht habe.

Nun antwortet Beach in einem gepfefferten Schreiben, daß er sofort zurücktritt, daß er froh sei, von dem McKelvie'schen Regime sich trennen zu können, da seine ganze Verwaltung schlimmer als der Jarrismus sei. Er sei jedoch nicht sicher, ob der Gouverneur seine Abdankung gleich annehmen könne, da er nicht wüßte, ob er sich lange genug im Staate aufhalte.“

Der Vorfall wirkte wie ein Blütschlag aus heiterem Himmel in republikanischen Kreisen.

Ausgleich der Kohlenverteilung verlangt

Washington, 18. März.—Senator Freelinghausen von New Jersey, Vorsitzender des Senatskomitees für Kohlen, hat dem Senat drei Vorlagen eingebracht, welche den Zweck verfolgen, die Kohlenproduktion und Verteilung für das ganze Jahr gleichmäßig zu gestalten. Der Senator behauptet, daß durch die Annahme seiner Vorlagen dem amerikanischen Volke \$1,000,000,000 jährlich gespart werden können. Die drei Vorlagen sind:

1. Den Widerruf der Brennstoffkontrolle durch die Regierung unter der Woodrow Wilson.
2. Die Ernennung eines Bundes-Kohlenkommissars mit \$10,000 Jahresgehalt.
3. Erniedrigung der Frachttarife für Kohlen um 30 Prozent während der Sommermonate.

Zu den Primärwahlen in Nord-Dakota

Bismarck, N. D., 18. März.—Wegen der durch den Schneesturm manngigach unterbrochenen Verbindungen kann es eine Woche dauern, bis die amtliche Stimmzählung über die Vorwähler im Staate bekannt gemacht werden können. Die bis jetzt bekannt gemachten Resultate ergeben, daß, trotzdem Giran Johnson der einzige eingetragene Kandidat der Republikaner war, eine ganze Anzahl Stimmen für Wood und London auf die Wahlzettel geschrieben wurden.

Der vorgeschlagene Widerruf der „Blauen Gesetze“ gegen Theater und Ballspiele am Sonntag, gegen Verkauf von Zigaretten, gegen Vorenahme, scheint mit einer riesigen Stimmenmehrheit angenommen worden zu sein. In Bismarck hat die Antikommunisten-Richtung in der republikanischen Partei einen Sieg über ihre Gegner errungen.

Frankreich dringt auf Vertrags-Ratifikation

Paris, 18. März.—Ratifiziert den Frieden sofort, mit Einwänden oder ohne solche, gleichwohl, eine schnelle Ratifikation aber ist unbedingt notwendig. Aeußerungen dieser Art hört man heute überall in Frankreich, sobald das Gespräch auf die Verhandlungen in amerikanischen Senat kommt. Zwei Meinungen machen sich hier über den Friedensvertrag geltend. Es gibt, die die Annahme des Vertrages in seiner jetzigen Form verbunden mit der Völkerliga wünschen; dann aber macht sich auch die Meinung breit, daß die Konstitution der Völkerliga nicht gleichzeitig mit dem Vertrag angenommen werden soll. Auf die Annahme des Vertrages an und für sich wird in Folge und in Regierungskreisen geäußert. Denn man erwartet, daß dadurch Frankreich und Europa vor einem wirtschaftlichen Zusammenbruch bewahrt werden, der Wert des Geldes steigen und der allgemeinen Leuerung gesteuert wird. Die Kosten des Lebensunterhalts sind in Frankreich seit dem Waffenstillstand um 200 Prozent gestiegen. Die französische Regierung ist willens, alle von Lodge unterbreiteten Einwände anzunehmen, die einen Teil der französischen Wähler in Washington Zittern und Zittern gemacht.

Wunderkinder aus St. Louis vertrieben.

St. Louis, Mo., 18. März.—F. J. Madison von London, der sich für einen „gottgesandten“ Krankenheiler ausgibt, hat den Behörden versprochen, St. Louis verlassen zu wollen, wenn die gegen ihn erhobenen Anklagen niedergeschlagen werden. Er wurde angeklagt, unberechtigter Weise als Arzt praktiziert zu haben und durch Annahme von Bezahlung für seine Wunderkuren Geld erschwindelt zu haben.

Wahlresultat für Hawaii.

Washington, 18. März.—Die Bevölkerung von Hawaii, mit Ausschluß der Angehörigen des Meeres und der Marine, beträgt 249,992. Der District von Honolulu hat 80,369.

Schlussabstimmung mag heute erfolgen

Alle Debatten über die noch zu erledigenden Einwände auf fünfzehn Minuten beschränkt; Lenroot's Einwand wird verworfen

Wm. J. Bryan versucht Demokraten umzustimmen

Washington, 18. März.—Einer baldigen Abstimmung über die Ratifikation des Friedensvertrages wurde die Bahn gebahnt, als der Senat entschied, keine anderen Sachen zur Verhandlung zu bringen, bis alle Einwände zu dem Vertrage erledigt seien. Um weiterer Verzögerung vorzubeugen, wurde beschlossen, die Redezeit eines jeden Senators für oder gegen einen bestimmten Einwand auf 15 Minuten zu beschränken. Lodge kündigte an, daß er die Regel, wonach die Resolution auf Ratifikation einen Tag überliegen muß, suspendiert haben wolle. Es besteht die schwache Möglichkeit, daß die Schlussabstimmung heute zu später Stunde erfolgen kann.

Die Ueberzeugung, daß der Vertrag zum zweiten Male abgewiesen werden wird, wurde verstärkt, als der Einwand Senator Lenroots zum Artikel 10 verworfen wurde, welcher erklärte, daß die Ver. Staaten im Falle einer erneuten Kriegsgefahr in Europa darüber beschließen würden, welche Schritte unternommen werden sollten. Die Hoffnung der Republikaner, durch den Lenroot Einwand eine Anzahl demokratischer Stimmen zu gewinnen, erwies sich als trügerisch. Nur zwei demokratische Senatoren unterstützten ihn bei der Abstimmung.

Senator Borah, Idaho, der Leiter der „Unerschrockenen“, beantragte, den Lenroot Einwand hinzuzufügen, daß die Ver. Staaten „sich unabhängige und unbeschränkte Macht vorbehalten“, in europäischen Angelegenheiten ihre Entscheidung zu treffen. Dieser Antrag, der die Vereinigten Staaten aller Verbindlichkeiten unter dem Vertrag entließ, haben würde, wurde abgewiesen.

Bryan sucht den Vertrag zu retten.

Während die Vertragsdebatten im vollen Gange waren, hatte sich William Jennings Bryan in einem nur

wenige Block entfernten Hotel etabliert und begann eine Reihe von Konferenzen mit demokratischen Senatoren, um seinen Einfluß gegen den Wunsch des Präsidenten, daß die demokratischen Senatoren gegen die Ratifikation mit den republikanischen Einwänden stimmen sollten, durchzusetzen. Bryan vertritt bekanntlich die Ansicht, daß die Demokraten als Minderheitspartei sich den Beschlüssen der Mehrheit fügen sollten, nachdem sie gerechtfertigt hätten, was zu retten sei. Bryan sieht in dem ferneren Festhalten der Hitchcock-Fraktion an die Politik des Präsidenten den Untergang der Partei bei den kommenden Wahlen.

Bryan hofft im Kampfe gegen das Weiße Haus den Sieg davonzutragen, und wie am Ende des spanischen Krieges, die Rolle eines Retters des Vertrages spielen zu können. Soweit an der Oberfläche erkennbar, haben seine Warnungen bis jetzt ihren Zweck nicht erreicht, doch wird sich in den nächsten 24 Stunden zeigen, ob die Treue gegen den französischen Mann im Weißen Hause oder die ehemals dominierende Persönlichkeit des „Commoner“ im Rate der Demokraten den Ausschlag geben werden.

Bank in Aurora schließt die Türen

Aurora, Nebr., 18. März.—Die American State Bank hat freiwillig die Türen geschlossen; ein Bankrominator wird morgen die Wände unterziehen. Die Bankbeamten weigern sich eine Erklärung abzugeben. Vizepräsident C. W. Benz befindet sich außerhalb der Stadt.

Protest gegen die Referendums-Kosten

Lincoln, 18. März.—Generalanwalt Davis hat eine von 30 führenden Geschäftsleuten von Lincoln unterzeichnete Anfrage erhalten, ob der Generalanwalt Mittel angeben könne, die auf \$200,000 veranschlagten Kosten der vorzunehmenden Abstimmung über die Zivilverwaltungsvorlage, die Code Bill, zu reduzieren. Richter J. V. Albert von Columbus, Mitglied der Verfassungscommission, war gleich mit einem Heilmittel bei der Hand. Er sagte: „Es kostet nur \$16,000, eine Sonderprüfung der Verfassung einzuführen. Dann kann die Code Bill und die Abstimmung aufgegeben werden, und das Werk ist getan.“

Britische Flotte muß die größte bleiben

London, 18. März.—Bei Einreichung der Vorschläge für die Flotte an das Haus der Gemeinen sagte der erste Lord der Admiralität Walter Sumner Long, daß die Regierung an der traditionellen Politik, daß die britische Flotte die stärkste der Welt sein müsse, unerschütterlich festhalte. Mit Bezug auf die Ver. Staaten, deren Flotte den zweiten Rang einnimmt, erklärte er den Gedanken eines Wettbewerbs in der Bewaffnung zwischen den Ver. Staaten und Großbritannien für widersinnig, und fügte hinzu: „Wir hoffen und glauben, daß ein etwaiger Wettbewerbs zwischen uns sich in der Richtung geltend machen wird, die gewaltige Ueberlegenheit, welche jeder von uns über irgend eine andere Macht besitzt, zu reduzieren.“

Wetterbericht

Für Omaha und Umgebung—Morgen und etwas kälter heute abend; Freitag schön und kälter.

Für Nebraska—Morgen oder heute nachmittag oder nach.

Für Iowa—Morgen oder heute nachmittag oder nach.

Für Missouri—Morgen oder heute nachmittag oder nach.

Für Arkansas—Morgen oder heute nachmittag oder nach.

Für Louisiana—Morgen oder heute nachmittag oder nach.

Für Mississippi—Morgen oder heute nachmittag oder nach.

Für Alabama—Morgen oder heute nachmittag oder nach.

Für Georgia—Morgen oder heute nachmittag oder nach.

Für Florida—Morgen oder heute nachmittag oder nach.

Für Texas—Morgen oder heute nachmittag oder nach.

Für Oklahoma—Morgen oder heute nachmittag oder nach.